

II-2445 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1314 IJ

1991-06-19

ANFRAGE

der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder, Rieder  
und Kollegen  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend Förderung der Nahversorgung

Die Nahversorgung der österreichischen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich verschlechtert. Diese Entwicklung nimmt derzeit bereits alarmierende Ausmaße an. So gibt es bereits eine Vielzahl von Orten, die über keinen Greißler, Bäcker, Fleischhauer, Schuster sowie andere notwendige Betriebe der Nahversorgung mehr verfügen. Gleichzeitig kommt es zu einem forcierten Ausbau der Großeinkaufszentren "auf der grünen Wiese".

Diese Entwicklung hat nicht nur negative Auswirkungen für die ältere Bevölkerung, die nicht mehr so mobil ist und daher in besonderem Ausmaß auf die Nahversorgung angewiesen ist, sondern bringt eine Fülle von Verkehrs- und Umweltproblemen mit sich. Darüber hinaus hat eine demographische Studie des Statistischen Zentralamtes festgestellt, daß in den nächsten Jahrzehnten der Anteil der älteren Menschen an der österreichischen Wohnbevölkerung eklatant steigen wird, was die Problematik der fehlenden Nahversorgung weiter verschärft.

Angesichts dieser Entwicklung stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

-2-

Anfrage:

1. Wie hat sich die Nahversorgung in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. Wie wird sich die Nahversorgung in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich entwickeln?
3. Wieviele Orte verfügen bereits heute über keinen
  - a) Greißler
  - b) Bäcker
  - c) Fleischhauer
  - d) Schuster?
4. Welche Maßnahmen gedenken Sie zur Förderung der Nahversorgung zu ergreifen?
5. Welche Möglichkeiten sehen Sie im Rahmen der Raumordnung die Nahversorgung sicherzustellen?
6. Welche Förderung der Nahversorgung gibt es in den einzelnen Bundesländern?
7. Welche indirekten Förderungen (Zurverfügungstellung von billigem Baugrund, kostenlose oder verbilligte Infrastruktur) gewähren die einzelnen Bundesländer bzw. Gemeinden bei der Errichtung von Einkaufszentren?
8. Welche Straßenbaumaßnahmen mußten in den letzten zehn Jahren aufgrund der Errichtung von Einkaufszentren und der damit verbundenen Verkehrssteigerung vorgenommen werden?